
FDP Wetterau

FDP IN DER WETTERAU FORDERT NEUES DENKEN, KEINE NEUEN WINDRÄDER

12.07.2016

MdL René Rock: „Kein Ausbau der Windkraft in Hessen!“

„Die FDP in Hessen ist klar gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in Hessen“ stellte der Landtagsabgeordnete René Rock (FDP) als Fazit einer Veranstaltung der Wetterauer und Friedberger FDP fest. „Beim Ausbau der Windkraft steht nicht die Erzeugung von Energie und Verminderung des CO₂-Ausstoßes im Vordergrund, sondern der finanzielle Nutzen, den Erbauer und Betreiber von Windkraftanlagen aufgrund einer üppigen Subventionierung haben. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ist gescheitert und muss dringend reformiert werden. Ansonsten erleben wir auch in Hessen eine nahezu flächendeckende Landschaftszerstörung.“

Der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion äußerte sich im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung im Lokal „Goldnes Faß“, zu dem der Kreisvorsitzende Jens Jacobi rund 50 Gäste, darunter etliche Vertreter von Wetterauer Bürgerinitiativen gegen den Ausbau der Windkraft, begrüßen konnte.

Das EEG bezeichnete René Rock als „umweltpolitisch völlig ineffektiv“. Der CO₂-Ausstoß, zu dessen Reduzierung das EEG wesentlich beitragen sollte, sei nicht zurückgegangen. Das EEG mache Deutschland umweltpolitisch zu einer Insel, das sei blanker Unsinn und völlig absurd. „Jede Tonne CO₂, die wir in Deutschland einsparen, wird stattdessen irgendwo in einem anderen europäischen Land verbraucht. Grund dafür ist der länderübergreifende Handel mit Emissionszertifikaten, der die Menge ausgestoßener Schadstoffe auf nationaler Ebene überhaupt nicht berücksichtigt. Wenn diese Zertifikate für deutsche Unternehmen aufgrund unserer Bundesgesetze keinen Mehrwert bieten, dann verkauft die Industrie sie kurzerhand ins Ausland. Unterm Strich bleibt die globale Verschmutzungsbilanz also gleich, unabhängig von allen energiepolitischen Maßnahmen

in Deutschland“, so Rock. Wenn Wind wehe, dann fast überall gleichzeitig. Dies führe zu einer Überproduktion an Strom und einer nahezu kostenlosen Abgabe dieser Überproduktion in die Nachbarländer. „Bei Flaute dreht sich allerdings nirgendwo ein Windrad. Solange die Speichermöglichkeiten nicht ausgereift sind, werden wir konventionelle Kraftwerke vorhalten müssen und zudem auf teure Stromimporte aus anderen Ländern angewiesen sein, weil seitens der grünen Lobby zunehmend eine Verteufelung konventioneller Energie stattfindet.“

Neben dem mangelnden energiepolitischen Nutzen des EEG prangerte Rock auch die sozialen Folgen der deutschen Energiepolitik an. Diese bevorzuge Privilegierte und verteile Geld von unten nach oben. „Jeder Bürger, vom Hartz IV-Empfänger bis zum Millionär, zahlt den gleichen Anteil an EEG-Umlage auf seinen Strom. Es handelt sich nicht um einen ansteigenden Tarif, sondern gewissermaßen um eine Flat-Tax. Auf den Geldtopf, in den die Abgabe fließt, haben wiederum nur Bürger mit hohen finanziellen Vermögen Zugriff, wenn sie beispielsweise in Windkraftanlagen investieren wollen. Ausgerechnet die Grünen, die sich sonst gerne als Anwalt sozial schwächerer Einkommensschichten geben ohne es zu sein, schalten ihren Verstand aus, wenn es um die Umsetzung ihrer ideologischen Umweltpolitik geht.“ Rock unterstrich die energiepolitischen Forderungen der FDP: Abschaffung des EEG, Senkung der Stromsteuer und Vollenden eines europäischen Energiebinnenmarktes, „damit endlich Vernunft in eine außer Rand und Band geratene Energie- und Umweltpolitik kommt“, so Rock.

Der FDP-Kreisvorsitzende Jens Jacobi lenkte den Blick auf die aktuellen Planungen für den Bau weiterer Windräder in der Wetterau. Es nannte es bemerkenswert, dass die rot-grüne Mehrheit in der Regionalversammlung Südhessen beim Regierungspräsidium Darmstadt den Beratungs- und Abstimmungsverlauf vor der Kommunalwahl nach Kräften verzögert habe. Offenbar habe man den lokalen Widerstand geahnt. „Der kommt dann halt jetzt“, so Jacobi. Wichtig sei nun, gerade auch die CDU in der Diskussion zu stellen. „Auf lokaler Ebene gibt es Beschwerden in den CDU-Verbänden, aber in der Regionalversammlung und auf Landesebene trägt die CDU den energiepolitischen Weg von Grünen und SPD beim Ausbau der Windkraft mit.“ In der Rhein-Main-Region gehe es aktuell um die Planung für 200 weitere Windräder. „Was das für unser Landschaftsbild bedeuten wird, das kann man sich ausmalen“, so Jacobi mit Hinweis auf ein möglicherweise von Windrädern umgebenes Wahrzeichen, dem „Wetterauer Tintenfass“

in Münzenberg.

Der FDP-Kreisvorsitzende kritisierte weiter, dass Natur- und Denkmalschutz beim Ausbau der Windkraft völlig ausgehebelt würden: „Vor allem Grüne schleifen überall Naturschutzanforderungen, zum Beispiel bei streng geschützten, weil bedrohten Tierarten, um die völlig willkürlich gegriffene Zahl von 2 % Flächen des Landes für die Windkraft zu erreichen. Künftig könnten beispielsweise vermehrt Milane bedroht oder nur noch 1.000 m statt 5.000 m Abstand von Windrädern bei dem Vorkommen von Fledermäusen in Hessen geben sein. Im Entwurf für die zweite Offenlage stehen zwar noch 5.000 m Abstand wegen des sehr hohen örtlichen Konfliktpotentials. Den hat das von den Grünen geführte Umweltministerium am 10. Juni 2016 per Erlass gekippt.“ Jacobi rief die Bürger dazu auf, sich bei der für den Spätherbst vorgesehenen dritten Offenlage lautstark in die Diskussionen einzubringen, damit Grüne, CDU und SPD in der Diskussion gestellt würden. „Wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, wie diese Parteien sich in den Gremien verhalten werden.“ Die Wetterauer FDP begreife sich in der Frage der Windkraft als Partnerin einer rationell denkenden Bürgerschaft und greife sehr gerne Anregungen der lokalen Initiativen gegen den weiteren Ausbau der Windkraft auf. „Wir brauchen ein neues Denken in der Energiefrage und keine neuen Windräder“, so Jacobi abschließend.